Südschleswigscher Wählerverband

SSW

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Rede
Kiel, 25.01.2012

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Für den Erhalt der Sektion für Sexualmedizin am UKSH in Kiel

Die Lage der Sektion für Sexualmedizin am UKSH sieht alles andere als rosig aus: Wir alle konnten der Presse entnehmen, dass das Institut rote Zahlen schreibt. Als Reaktion des UKSH auf das erwirtschaftete Minus in der Abteilung wurden bereits Stellen gestrichen. Heute scheint nicht nur die sexualmedizinische Forschung und Lehre, sondern das Institut insgesamt in seiner Existenz bedroht.

Offensichtlich beläuft sich das Defizit auf etwas mehr als 150.000 Euro. Dabei ist von allen Seiten zu hören, wie wertvoll und unersetzlich die Arbeit der Sektion Sexualmedizin ist. Auch der ausgezeichnete Ruf des Instituts - weit über die Landesgrenzen hinaus - scheint allen bekannt zu sein. Doch trotz dieser Fakten und trotz der Tatsache, dass sich die Probleme in diesem Bereich schon seit Jahren zuspitzen, haben es die Beteiligten bis heute nicht geschafft, zu einer tragfähigen Lösung zu kommen. Das ist mehr als bedauerlich.

Wie wichtig die Sexualmedizin für den Universitätsstandort Kiel und das gesamte Land ist, wird nicht zuletzt durch die Stellungnahmen der Richter- und Strafverteidigervereinigung oder der Bewährungshelfer deutlich. Fakt ist, dass diese Gruppen wissen, wovon sie reden, weil sie nah an den Betroffenen sind. Sie weisen aus unserer Sicht zu Recht darauf hin, dass die Sektion Sexualmedizin für die rechtsstaatliche Durchführung von Strafverfahren unersetzlich ist. Man braucht ganz einfach qualifizierte Gutachter, die belastbare Prognosen treffen können. Sie müssen fundiert

aus- und fortgebildet werden. Und hierfür brauchen wir eine eigenständige sexualwissenschaftliche Forschung und Lehre, die den höchsten Standards entspricht. Daran gibt es für uns keinen Zweifel.

Mindestens genauso wichtig ist aus Sicht des SSW die Aufgabe der Kriminalitätsvorsorge. Und gerade hierzu leistet das Institut einen besonders wertvollen Beitrag. Die qualifizierte Beratungsarbeit hilft dabei, potentielle Täter von der Begehung von Sexualstraftaten abzuhalten. Natürlich ist es schwierig, die Ergebnisse dieser Arbeit in konkreten Zahlen zu messen. Doch wir haben keinen Zweifel daran, dass das Institut um Professor Dr. Bosinski dazu beiträgt, Straftaten zu verhindern. Damit werden nicht nur Folgekosten für die Gesellschaft vermieden. Viel bedeutender ist, dass das menschliche Leid, das mit solchen Straftaten verbunden ist, durch die Arbeit vermindert wird. Der Richterverband hat völlig recht, wenn er darauf hinweist, dass Mittelkürzungen in diesem Bereich letztendlich die Opfer treffen.

Für uns steht fest: Die aktuelle Einwicklung kann nicht tatenlos hingenommen werden. Das Kieler Institut ist das einzige seiner Art im gesamten Land, trägt unbestreitbar zur Attraktivität der Uni bei und leistet unverzichtbare Präventionsarbeit. Diese Einrichtung darf nicht einfach weggespart werden! Natürlich sind zuallererst das UKSH und die Uni Kiel in der Pflicht. Doch nicht zuletzt trägt auch das Land eine Mitverantwortung. So einfach, wie es die Antwort der Landesregierung auf die kleine Anfrage des Kollegen Weber nahelegt, ist es unserer Meinung nach nicht. Denn es ist eine unbestreitbare und wichtige Aufgabe des Landes, die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Deshalb unterstützen wir unverändert die Forderung an die Landesregierung, ressortübergreifend und gemeinsam mit UKSH und CAU ein Konzept zum Erhalt der Sexualmedizin zu entwerfen.
Der SSW ist der Meinung, dass eine Schließung der Sektion kaum auf anderen Wegen aufgefangen werden kann. Es gibt landesweit keine Alternativeinrichtung, die auf annähernd gleichem Niveau Therapien für inhaftierte Sexualstraftäter durchführen kann. Und es gibt keine andere Anlaufstelle, die Männer mit pädophilen Neigungen ähnlich professionell versorgen und damit verhindern kann, dass sie zu Tätern werden. Die Sektion für Sexualmedizin am UKSH leistet höchst professionelle Arbeit. Hier können nicht einfach Ehrenamtliche oder Nicht-Therapeuten einspringen.
Die Folge wäre, wie im Antrag der SPD benannt, dass gefährliche Sexualstraftäter unzulänglich begutachtet und therapiert werden und weiterhin eine Gefährdung der Bevölkerung im Land darstellen. Das müssen wir unbedingt verhindern.